

# Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Bezugspreis:** In Bromberg mit Postgebühren vierteljährlich 14,00 Zł., monatlich 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährlich 16,00 Zł., monatlich 5,36 Zł. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Zł., Danzig 3 Gld., Deutschland 2,50 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsüberlegung usw.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.  
..... Gertrud Nr. 594 und 595. ....

**Anzeigenpreis:** Die einseitige Millimeterzeile 15 Groschen, die einseitige Reklamezeile 100 Grosch. Danzig 10 bzw. 70 P. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorkauf und schwierigen Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.  
..... Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847. ....

Nr. 39.

Bromberg, Sonnabend den 16. Februar 1929.

53. Jahrg.

## Die Verhaftung des Abgeordneten Ulik. Beschwerde in Genf.

Wie wir erfahren, haben der „Deutsche Volksbund“ in Kattowitz und die Gattin des verhafteten Volksbundführers Ulik gegen das Vorgehen des polnischen Staatsanwalts gemäß den Bestimmungen der Genfer Konvention telegraphisch Beschwerde beim Völkerbundsekretariat eingereicht.

Die Beschwerde hat folgenden Wortlaut:

„Gemäß Artikel 147 des Genfer Abkommens vom Jahre 1922 erheben wir Beschwerde auf Grund nachstehenden Tatbestandes: Gestern wurde der schlesische Sejm durch Dekret des Staatspräsidenten aufgelöst. Abgeordneter Ulik, Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes, wurde heute auf Grund eines Haftbefehls verhaftet. Verhaftungsgrund war die bereits im Jahre 1926 erhobene Anschuldigung der Beihilfe zur Entziehung vom Militärdienst. Ein damals erhobener Antrag der Staatsanwaltschaft auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Ulik zwecks Strafverfolgung wurde vom schlesischen Sejm, der eine polnische Mehrheit besitzt, in der 163. Sitzung abgelehnt. Entscheidend für die Ablehnung war der Beschluß der Geschäftsordnungskommission des Sejms vom April 1926, wonach das als Grundlage des Haftbefehls vorgelegte Dokument sprachliche Fehler und eine falsche Interpretation enthält, woraus die Mehrheit den Schluß zog, daß das Dokument gefälscht ist.

Die jetzt erfolgte Verhaftung entbehrt jeder meritorischen Grundlage. Sie ermangelt jeglicher formaler prozessualer Voraussetzung.

Paragraph 123 Strafprozeßverordnung erfordert als Bedingung für den Haftbefehl Verdunkelungsgefahr oder Fluchtverdacht. Verdunkelungsgefahr konnte nicht vorliegen, nachdem über zwei Jahre seit Beginn des Verfahrens verfloßen sind. Fluchtverdacht konnte nicht bestehen, nachdem Abgeordneter Ulik trotz Kenntnis der gestrigen Sejm-Auflösung ruhig auf seinem Bureau weiter arbeitete.“

Die Beschwerde sagt weiter, daß durch die Verhaftung Artikel 75 des Genfer Abkommens verletzt worden sei, außerdem verstoße die Verhaftung gegen Artikel 83 desselben Abkommens. Der Deutsche Volksbund bittet daher, der Völkerbundrat möge

1. die nötigen Maßnahmen ergreifen, damit Ulik aus der Haft entlassen wird,
2. auf jeden Fall auch nach der Haftentlassung einen Kommissar mit der Prüfung des weiteren Verfahrens gegen Ulik betrauen und die notwendigen Maßnahmen treffen, um Ulik gegen jegliche unbegründete Strafverfolgung zu schützen.

Zum Schluß bittet der Volksbund um dringende Behandlung seiner Beschwerde.

Wie die „Post. Ztg.“ aus Genf erfährt, hat dort die Meldung von der Verhaftung des ober-schlesischen Abgeordneten Ulik, die durch die Morgenblätter und durch das mittags im Völkerbundsekretariat eingetroffene Protesttelegramm des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien bekannt geworden war, in weitesten Kreisen des Völkerbundes erschauern und eine unverkennbare Befremdung erweckt. Das Telegramm des Volksbundes wird in beschleunigtem Verfahren unmittelbar sämtlichen Regierungen. Die Ratsmitglieder sind, übermittelt, zugleich auch der polnischen Regierung und die Frage wird auf die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Ratstagung im März gesetzt. Auch jene internationalen Kreise in Genf, die nicht im mindesten polenfeindlich sind, äußerten unvorhergesehen ihre stärkste Verwunderung über die äußerst seltsame Einleitung, die Polen mit seinem Vorgehen der Minderheitsdebatte in der Märztagung des Völkerbundes gibt.

Der Verhaftung des bekannten Volksbundführers ging eine Hausdurchsuchung in seiner Wohnung voraus. Gleichzeitig wurde eine solche Hausdurchsuchung bei der Geschäftsführerin des Deutschen Volksbundes, Fräulein Ernst, vorgenommen.

Von Seiten des Deutschen Volksbundes wird der Versuch gemacht werden, die Freilassung des Abgeordneten Ulik gegen eine Kaution zu erwirken, da auch seinerzeit vor verhafteter Schulrat Dudek gegen Stellung einer Kaution in Höhe von 40 000 Schweizer Franken auf freien Fuß gesetzt worden ist.

Wie die amtliche Polnische Telegraphen-Agentur aus Kattowitz berichtet, hat die dortige Polizeidirektion auf Grund des Presseerlasses am gestrigen Donnerstag die Beschlagnahme folgender Zeitungen angeordnet: Die Abendausgabe des „Berliner Tageblatt“, vom 13. d. M., die „Gä-

zeta-Robotnicza“ die „Kattowitzer Zeitung“, den „Oberschlesischen Kurier“, den „Volkswillen“ und die Zeitung „Do Czynu“ (Zur Tat).

## Versuch am untauglichen Objekt.

Während dem schlesischen Sejm der Hals umgedreht wurde, hielt der deutsche Abg. Julian Will im auswärtigen Ausschuß des Warschauer Sejms eine Rede, die in Übereinstimmung mit sämtlichen früheren Erklärungen der deutschen Abgeordneten, darunter auch des verhafteten Abg. Ulik, das Bestreben der Deutschen in Polen betonte, einem Ausgleich der benachbarten Deutschen und Polen mit allen Kräften zu dienen. Die Deutschen in Polen wollten gute Staatsbürger sein, aber sie wollten sich nicht ihre Eigenkultur rauben lassen.

Diese Rede, die wir morgen im Wortlaut bringen werden, wird von einem Teil der polnischen Presse, vor allem von der „Epoka“, einem Regierungsorgan, als erste deutsche Versöhnungsrede bezeichnet und der „hochverräterischen“ Tätigkeit des Abg. Ulik gegenübergestellt. Das ist ein böse gemeintes Vob. Errenklicherweise herrscht in ihrer grundsätzlichen Einstellung zu Staat und Volkstum unter allen deutschen Abgeordneten Einmütigkeit, und der Abg. Will hat auch ausdrücklich betont, daß er mit den früheren Ausführungen des Klubvorsitzenden vollkommen konform gehe.

In der Konstruktion einer Zwiespältigkeit im deutschen Lager erblicken wir einen Versuch am untauglichen Objekt, der Welt vor den Genfer Verhandlungen ein in seinen Zielen uneiniges deutsches Volkstum vorzutäuschen, um die guten Schafe gegen die bösen auszuspielen. Da wir alle in einem Schaffall einträchtig in Ziel und Arbeit nebeneinander leben, erheben wir gegen diese Unterstellung entschieden Protest.

## Der Kampf um Oberschlesien.

### Grazynski gegen Korfanty.

Warschau, 14. Februar. Das „ABC“ beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit der Auflösung des ober-schlesischen Sejms und nennt die diesbezügliche Verfügung des polnischen Staatspräsidenten einen äußerst bedeutungsvollen Akt im innerpolitischen Leben Polens. Das Blatt führt weiter aus, daß die drei letzten Jahre in der ober-schlesischen Geschichte im Zeichen des Kampfes zwischen dem Wojewoden Grazynski und Korfanty gestanden hätten. Nach dem Maiumsturz habe man die Herrschaft Korfantys mit allen Mitteln vernichten wollen. Zu diesem Zweck sei in der Person Grazynskis einer der tatkräftigsten Wojewoden der Regierungsgruppe nach Schlesien entsandt worden, und es habe den Anschein gehabt, daß es ihm gelingen werde, Korfanty niederzuwerfen. In diesem Zweck sei in der Person Grazynskis einer der tatkräftigsten Wojewoden der Regierungsgruppe nach Schlesien entsandt worden, und es habe den Anschein gehabt, daß es ihm gelingen werde, Korfanty niederzuwerfen. In diesem Zweck sei in der Person Grazynskis einer der tatkräftigsten Wojewoden der Regierungsgruppe nach Schlesien entsandt worden, und es habe den Anschein gehabt, daß es ihm gelingen werde, Korfanty niederzuwerfen.

Trotzdem sei die Bilanz des dreijährigen Kampfes für den Wojewoden negativ. Vor ein paar Tagen hätten die Auseinandersetzungen im Sejm bewiesen, wie schlag die Motive und wie brutal die Methoden dieses Kampfes gewesen seien. Die Aussprache habe einen unerhörten Abgrund aufgedeckt. Schon damals habe das „ABC“ darauf aufmerksam gemacht, daß das Polentum in Oberschlesien Gefahr laufe, seine Werbekraft zu verlieren. Da es dem Wojewoden Grazynski nicht mehr geglückt sei, im Wojewodenschaftsrat eine Mehrheit für sich zu sichern, sei er kürzlich nach Warschau gekommen und habe die Auflösung des Kattowitzer Landtages verlangt. Augenscheinlich verfolge er damit die Absicht, Korfanty eine letzte entscheidende Schlacht zu liefern. Dieser rasende Kampf könne jedoch für das Polentum in Oberschlesien ein trauriges Ende nehmen.

## Festrede des Senatsmarschalls.

### Die Linke verläßt unter Protest den Saal.

Warschau, 14. Februar. Zu Beginn der Senatssitzung am gestrigen Mittwoch ergriff Senatsmarschall Szymanski das Wort zu einer Ansprache anläßlich des zehnjährigen Bestehens des polnischen Parlamentarismus. Er führte darin in großen Zügen Folgendes aus:

Wie heute, so hat auch vor Jahrhunderten unser Parlament nicht immer zum Nutzen des Staates gewirkt. Die Schlachta-Sesme verweigerten dem König Steuern und Soldaten gerade dann, als der Feind ins Land einbrach. Die Schlachta hatten damals nichts anderes zu tun, als um Privilegien zu handeln. Der Sejm in dem wiedererstandenen Polen ist in den zehn Jahren seines Bestehens der Schauplatz eines Kampfes mit dem Staatsoberhaupt Marschall Pilsudski gewesen. Eigennutz und Widerrechtlichkeit waren im Laube auf den Höhepunkt gestiegen, als der siegreiche Führer, der das Land von den Eindringlingen befreit hatte, durch den Mai-Umsturz, das Staatsstreich und das politische Leben auf andere Wege brachte. Vergewaltigt wurde wir uns die Geschichte des polnischen Parlaments und unsere zukünftigen Aufgaben und schäben wir entsprechend hoch die Bedeutung und den Einfluß ein, den der erste Marschall Polens, Jozef Pilsudski, auf die Entwicklung des parlamentarischen Lebens gehabt hat. Ich habe die Ehre, der hohen Kammer mitzuteilen, daß das Baukomitee des Senats unter das Bildnis des Marschalls Pilsudski zur Ehrung des zehnjährigen polnischen Parlamentarismus Auftrag gegeben hat, die Worte hinzuzufügen: „Der Senat dem Schöpfer des polnischen Parlaments.“

Nach einer kurzen Rede des Senators Jankowski (Wyzwolenie) verließen die Senatoren der Linken zum Zeichen des Protestes den Saal, da sie einige Ausführungen des Marschalls Szymanski als gegen den Sejm gerichtet auffaßten. Die Senatoren der Linken nahmen auch nicht an dem Abendempfang des Marschalls Szymanski teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ergriff noch Senator Strug das Wort. Er knüpfte an die Ausführungen des Marschalls Szymanski an und erklärte im Namen der PPS, der Wyzwolenie und der Bauernpartei, daß er in Anbetracht des Geistes der Ausführungen des Marschalls gegen die Kritik an der zweiten Kammer, d. i. am Sejm protestieren müßte, da der Sejm nicht zum Senat gehöre. Besonders verurteilte die Linke die Behauptung, daß der frühere Sejm seine Zeit und Kraft in Kampfe mit dem Marschall Pilsudski verbracht habe.

Marschall Szymanski betonte in seiner Antwort, daß es niemals in seiner Absicht gelegen habe, durch seine Worte die Linke zu kränken. Die Rede des Senatsmarschalls sollte für gewöhnlich nicht Angelegenheiten des Sejms berühren; aber man befindet sich in einem besonderen Augenblick, und es müsse trotz aller Bitterkeit dieser Angelegenheit festgehalten werden, daß der Kampf bestanden hat und daß er noch andauert.

Nach diesem recht symptomatischen Zwischenfall ging man zur Erledigung der Tagesordnung über.

## Das Budget im Senat.

Der Dispositionsfonds für den Innenminister soll wiederhergestellt werden.

Warschau, 15. Februar. PA. Die Finanz- und Budgetkommission des Senats trat gestern, nachdem sie den Vorschlag des Ministeriums für Industrie und Handel und des Verkehrsministeriums im Sinne des Sejm-Beschlusses erledigt hatte, in die Diskussion über den Haushaltsvoranschlag des Innenministeriums ein.

Der Berichterstatter Senator Kollé (Regierungsklub) wies darauf hin, daß der Staat in 30 kommunistische Bezirke eingeteilt sei, die riesige Beträge verschlingen. Das Geld fliehe aus dem Westen und Osten, um die staatliche Existenz Polens zu untergraben. Würde man den Dispositionsfonds des Innenministeriums in Höhe von 6 Millionen streichen, so stünden die Türen für die Betrübe offen. Aus diesen Gründen kündigte der Referent den Antrag an, den Dispositionsfonds wieder herzustellen.

Während der Aussprache ergriff auch der Innenminister General Skladkowski das Wort, der einen Überblick über die Tätigkeit seines Ressorts gab und im besonderen die Notwendigkeit der Wiederherstellung des Dispositionsfonds begründete. Der Fonds solle zum Kampf gegen den Kommunismus und gegen alle Organisationen dienen, die eine staatsfeindliche Tätigkeit treiben. (Was ist eine staatsfeindliche Tätigkeit? Die einen sagen sie dem „Deutschen Volksbund“ nach, die anderen dem Westmarkenverein. D. R.)

Zum Schluß wurde der Antrag des Berichterstatters angenommen, nach welchem dem Innenminister der Dispositionsfonds wieder bewilligt werden soll.

## Berfassungsprojekte der Opposition.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 14. Februar.

Laut einer Meldung von gut unterrichteter Seite bereitet der Nationale Klub einen besonderen Entwurf für eine Verfassungsänderung vor. In dem Projekte arbeiten eine Reihe von Abgeordneten und juristischen Fachleuten, die der nationalpolitischen Rechten nahe stehen. Dieses Projekt hat insofern Berührungspunkte mit dem Baby-Projekt, als es ebenfalls das Prinzip der Stärkung der exekutiven Gewalt, insbesondere das Vetorecht des Staatspräsidenten anerkennt. Das Projekt führt jedoch Änderungen der Wahlordnung, eine bedeutende Beschränkung der Proportionalität und die Institution des Verfassungs-Tribunals ein. Nach diesem Entwurf sind Sejm und Senat gleichgestellt. Der Senat soll zur Hälfte aus gewählten Mitgliedern und zur Hälfte aus Vertretern von Wirtschafts- und Berufsverbänden bestehen. Dabei liegt die Absicht zugrunde, daß aus diesen Korporationen hervorragende Juristen, Ärzte und Ingenieure in den Senat eingehen. Es heißt, daß die endgültige Redaktion des nationaldemokratischen Entwurfs schon in den nächsten Tagen erfolgen werde. Da der Nationale Klub nur über 80 Stimmen verfügt, sind Bemühungen im Gange, Mitglieder der anderen Klubs der Rechten und des Zentrums für die Unterzeichnung des Antrages zu gewinnen. (Die geschnitzte Mindestzahl der Unterschriften beträgt bekanntlich 111.)

Auch die Parteien der Linken (PPS, Wyzwolenie und Bauernpartei) arbeiten an einem Entwurf für eine Verfassungsänderung. Eigentlich werden zwei Projekte: eines von der PPS, das andere von der Wyzwolenie vorbereitet, die sicherlich in einen gemeinsamen Entwurf umgegossen werden. Sollten sich beide Sonderprojekte behaupten, so werden die Linksparteien unter beide Projekte solidarisch ihre Unterschriften setzen.



Pommerellen.

15. Februar.

Graudenz (Grudziadz).

Bankredite. Das Komitee für den Ausbau der Stadt bringt zur Kenntnis, daß Personen, die Darlehen zwecks Erbauung von Häusern mit Dreizimmer-Wohnungen zu erhalten wünschen...

Holzverkäufe. Der Kreisaußschuß in Graudenz hat ca 150 Kubikmeter Brennholz (trockene Rinde) mit eventueller Verladung in Eisenbahnwaggons zum Verkauf.

Der Kohlenkatastrophe suchen die Behörden nach Möglichkeiten abzuwehren. Unter die privaten Kaufleute werden gewisse Kohlenmengen verteilt, die in ganz kleinen Mengen an die Bevölkerung...

Die Glatte hat einen neuen Unfall verursacht. Die Frau Brzezinski, Tischerdamm 16, stürzte am Mittwoch auf dem Bürgersteig Ecke Pöhlmann- und Börgenstraße hin und hat sich eine Gehirnerschütterung zugezogen.

In der Affäre der Wohnungsschwindel hat die Polizei nun noch einen fünften Beteiligten, einen in der Grabenstraße wohnhaften Franz Josef Karmacki, festgenommen.

Thorn (Torun).

Der Rückgang der Kälte,

der am Dienstag einsetzte, am Mittwoch allerdings durch Frost von über 20 Grad Celsius unterbrochen wurde, machte sich am Donnerstag deutlich bemerkbar. In den Morgenstunden zeigte das Thermometer in der Innenstadt nur 11 Grad, in den Mittagsstunden nur noch 7 Grad unter Null an.

Schneebarrieren von schätzungsweise zwei Meter Höhe, in denen Pferde völlig versinken. An einen Verkehr ist unter diesen Umständen natürlich nicht mehr zu denken.

Die Straßenreinigungsverwaltung in Thorn hatte am Donnerstag keinen leichten Stand. Es galt noch vor Einsetzen des Straßenbetriebs wenigstens die Hauptstraßen von den argsten Schneemassen frei zu machen.

Wie die Verwaltungen des Wasserwerks und der Gaswerke bekanntgeben, ist der Frost jetzt bereits so weit in das Erdreich gedrungen, daß er den Gas- und Wasserrohren unter Umständen gefährlich werden kann.

Die starken Schneefälle haben selbstverständlich Störungen im Telegraphen- und Telephonverkehr hervorgerufen, so hat a. B. die Wasserbaudirektion Donnerstag früh keine telephonische Wasserstandsmeldung von den Orten unterhalb Thorn's erhalten.

Der Magistrat rübt Kohlen ab. Zu der gestern bereits wiedergegebenen Meldung erfahren wir noch, daß aus dem hiesigen Kohlenlager, Copernicusstraße 45 (Gasanstalt) an Familien, welche keine Kohlen besitzen, solche pro Familie ein Zentner zu 320 Zloty veranschlagt werden.

In tiefer Trauer verfiel die in der Schwerinstraße 7 wohnhafte Familie Sawicki. Das 23jährige Mädchen Marian fiel in eine auf dem Fußboden stehende Wanne mit kochendem Wasser, das für die Wäsche bereitgestellt war.

Von der Strafkammer. Der Magistratsbeamte Stanislaw Jonowski in Culme hatte Rechnungen für Strom und Gas zu quittieren, was er auch eifrig tat und Quittungen anstellte, das Geld aber in die eigene Tasche steckte.

Wegen Tabaksmuggels wurden Morzecczynski, Blocharski, Moredy und Ulatowski zu je 1200 Zloty und zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Gr. Brudjar (Kreis Strasburg), 14. Februar. Ein raffiniertes Verbrechen. Bei dem Gastwirt Verach erkrankte ein etwa 25-27 Jahre alter Burdche und gab an, Knecht eines hiesigen Besitzers zu sein.

oh. Konig (Chojnice), 14. Februar. Infolge der Glatte kürzte der Eisenbahner Valentin Krzesalski so unglücklich, daß er bestunntungslos liegen blieb. In Czernik hiesigen Kreises wurde ein seit längerer Zeit gesuchter Einbrecher in dem Augenblick abgefaßt, als er einen neuen Einbruchversuch unternahm.

Schweh (Swiecie), 14. Februar. Die Kreisverwaltung Schweh verkauft am Dienstag, 19. d. M., 12 Uhr mittags, längs des Plasterweges Graudenz-Gruppe (in Kilometer 0,2-1,2) in Dragazh Chausseebäume (ca 60 Stück Linden, Ahorn und Eschen).

Stargard (Stargard), 14. Februar. Der gestrige Viehmarkt war außergewöhnlich schlecht besetzt und beschränkt. Der Umsatz war sehr gering.

Stargard (Stargard), 14. Febr. Eingebrochen sind Diebe in der gestrigen Nacht in die Eisenbahn-Waggons, wo sie zwei Zentner Kohlen stahlen.

Freie Stadt Danzig. \* Hüßl Blinde an einem Tage. Am Mittwoch wurde die Feuerwehr minimal alarmiert, jedoch handelte es sich in allen Fällen um kleinere Brände.

5 Uhr nachmittags geriet durch ein schlecht isoliertes Ofenrohr in einem Laden des Hauses Stadigraben 47 ein Teil der Einzielebedeckung in Brand.

Unterschlagungen bei der Straßenbahn. Die Direktion der Danziger Elektrischen Straßenbahn A.-G. hat am Montag festgestellt, daß in der Fahrtscheinabrechnung ihres Betriebes Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind.

Das Schicksal der polnischen Schweine in Oesterreich.

In der vergangenen Woche sollte eine Konferenz zwischen dem Kanzler Seipel und den Vertretern des österreichischen Landbundes in der Frage der bekannten Forderungen der österreichischen Landwirte bezüglich der Einschränkung der Einfuhr von polnischen Schweinen nach Oesterreich stattfinden.

Der Kanzler Seipel betrieb längere Zeit hindurch den Landwirten gegenüber eine Verzögerungspolitik in der Hoffnung darauf, daß in den zwischen Vertretern der Industrie, der Landwirtschaft, des Vieh- und Fleischhandels und der vertriebswirtschaftlichen Verbänden eingeleiteten Verhandlungen ein Projekt entworfen wird, mit dem auch die Landwirte einverstanden sein werden.

Inzwischen hat der Reichsbauernbund, eine Gruppe der christlich-sozialen Partei, in einer Konferenz mit dem Finanzminister Kienböck und dem Landwirtschaftsminister Thalzer in ultimativer Form die Forderung gestellt, den österreichisch-polnischen Handelsvertrag sofort zu kündigen.

Die Kosten des polnischen Schweineexportes nach Oesterreich stellen sich für ein Kilogramm Lebendgewicht wie folgt dar:

Krachtdifferenz, Transportkosten, Verpflegung und Expedition 10 österreichische Groschen, Zoll 26 österreichische Groschen, Transportrisiko 3 Groschen, Gewichtsverlustdifferenz 6 Groschen, Umtauschdifferenz 2 Groschen, insgesamt also 47 österreichische Groschen oder 59 polnische Groschen für ein Kilogramm Lebendgewicht.

Thorn.

Herde in verschiedenen Größen empfohlen Falarski & Radaike Tel. 561. Torun Te. 561. Szaroka 44. Stary Rynek 36.

Leon Hinz i S-ka Mostowa 9 TORUN Tel. 475 Spedition -:- Rollfuhr Möbeltransport

Weißer Speisebohnen Richard Zemplin, Torun, Nr. 32

Wäschemangeln in allen Größen empfohlen Falarski & Radaike Szaroka 44 Torun Stary Rynek 36 Tel. 561

Graudenz. Suche perfekte Köchin, Stubenmädchen, Mädchen f. all. i. Stadt u. Land. Empf. Wirtin f. Güter. Zarobkowe Biuro

Ein großer zweiteil. Kleiderkasten, 1 Bettmatt. u. Matratze zu verkaufen. 2386 Ogrodowa 15. part.

Gold- u. Silbermünzen auch Bernstein tauf Paul Wodjat, Uhrmacher, Torunskie 5. Rischl, Radrichten. Sonntag, den 17. Febr. 29. (Sonac) Klotzien, Born. 16 u. z. ostrosien. Ritzwalde, Der Gottesdienst fällt aus.





